

# Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 88, Alter-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Die Pfingstzeit hat viel zu sagen . . .

Das sind die Tage bunter Blüte,  
Das ist die frohe Pfingstzeit,  
Die freundlich voller Sonnengüte  
Die Herzen weitel und erfreut,  
Dass kräftiger die Pulse schlagen,  
Die Blüthe schweifen himmelan —  
Die Pfingstzeit hat viel zu sagen  
Auch dem Gewerkschaftsmann!

Sieh' doch das bunte Meer der Blüten,  
Das Busch und Baum und Rain umkränzt,  
Es will dir seinen Gruß entbieten,  
Dass froh dein müdes Aug' erglänzt,  
Dass du beiseite wirfst das Klagen,  
Das nun und nimmer helfen kann —  
Die Pfingstzeit hat viel zu sagen  
Auch dem Gewerkschaftsmann!

Hör' doch, wie durch das große Blühen  
Das Hohelied der Arbeit schwingt,  
Dass nur nach Sorgen und nach Mähen  
Die Blüte fleiß'ger Saat entspringt,

Dass jeder sich muß emsig plagen,  
Bevor er freudig ernten kann —  
Die Pfingstzeit hat viel zu sagen  
Auch dem Gewerkschaftsmann!

Dies wundergroße bunte Blühen  
Und frische Grün zur Pfingstzeit,  
Das ist nach unentwegtem Mähen  
Der erste Lohn, der uns erfreut;  
Und solchen Einsatz muß man wagen,  
Damit man Früchte ernten kann —  
Die 'Pfingstzeit' hat viel zu sagen  
Auch dem Gewerkschaftsmann!

Drum achte, säe unverdrossen  
Mit Mut und voller Leidenschaft,  
Wird eifrig neue Kampfgenossen  
Zugunsten der Gewerkschaftskraft!  
Dann reißt nach Mähen, Not und Plagen  
Der Menschheit Erntetag heran —  
Ja, Pfingstzeit hat viel zu sagen  
Auch dem Gewerkschaftsmann!

Tsch.

## Die Anträge zur Generalversammlung in Nürnberg.

Die im letzten „Maler“ veröffentlichten Anträge an die kommende Generalversammlung — 133 an der Zahl —, von denen 29 allerdings mehrmals gestellt wurden, so daß die tatsächliche Zahl der überhaupt vorliegenden Anträge 162 beträgt, veranlassen zu einigen Betrachtungen. Denn es spielt sich in dem, was unsere 175 Filialen und etwa 600 Zahlen von dem alle 2 Jahre zusammenkommenden Verbandsmittelpunkt fordern und wünschen, wohl besser als sonstwas meist sehr umstrittene wirkliche Stimmung unserer Mitgliedschaften ab.

Es ist Zufall oder Schicksal, daß der an erster Stelle stehende Antrag nicht weniger als alle Versicherungsanstaltungen unseres Verbandes, mit Ausnahme der Streikversicherung, beseitigt haben will, 10 weitere Anträge einen sehr weitgehenden Unterstüßungszeitpunkt verlangen, der nur durch sehr große Opfer und erst nach sehr mühsamen Berechnungen ermöglicht werden kann? Natürlich kennt der Verbandsvorstand den großen Wert sozialer Unterstüßungseinrichtungen für unsere Gewerkschaften so daß er die Einführung einer Invalidenunterstüßung natürlich wohl durchaus begrüßen würde; er kennt aber auch die großen Schwierigkeiten zu genau, um gerade hier vorübergehend ernstlich zu warnen.

Es kommen aber 45 Anträge, die eine — teils sogar einschneidende — Erweiterung der jetzt schon bestehenden Unterstüßungseinrichtungen fordern. So verlangt man die Aufhebung der vorjährigen Beschlüsse, die die Karenzzeiten, höhere Unterstüßungssätze, Anrechnung oder doch weitestgehende Berücksichtigung der beiden Marken, so daß die Mitglieder immer weniger davon an der Beitragszahlung erhielten und wahrscheinlich die Hälfte oder Dreiviertel 10 J zahlten, um aber die höchsten Ansprüche — gering geschätzt — das Zehnfache erhalten. Die vorjährige Unterstüßungssumme war so reichlich erwogen und so sehr erst im allerletzten Moment aus dem Gefühl ernstester Verantwortung geboren, daß jede Abschwächung der damals gefaßten Beschlüsse ganz automatisch entweder eine Steigerung der Einnahmen durch erhöhte Beiträge oder eine Verringerung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Folge haben muß. Wir zweifeln nicht, daß die nach Nürnberg kommenden Verbandsstagsdelegierten keine Bankrottspolitik betreiben und nicht dafür zu haben sind, daß unsere Unterstüßungseinrichtungen, die den Mitgliedern den Vergleich mit allen andern Gewerkschaften aushalten, unsere einzige Aufgabe bilden

gebiet der von uns bekanntlich mitbegründeten „Volkshilfe“ vorliegt, in das immer weiter einzudringen entschieden abgelehnt werden muß.

Steht man so, daß ein allerdings eigentlich doch auch nur kleiner Teil unserer 175 Filialen und vielen Zahlstellen Unterstüßungssummen zurückverlangten, zu denen unsere außerdem noch durch viel zu viele beitragsfreie Marken stark reduzierten Einnahmen unermöglich anzureichen, so steht man bewundernd still vor dem Weitblick, der aus einem Antrag Dortmund spricht, der die Beiträge um ungefähr 33 % kürzen will, wozu noch zu bemerken sich verlohnt, daß die gleiche Filiale ebenfalls höhere Leistungen und ferner auch noch den Erlaß von Schulden fordert.

Eine Reihe von Anträgen über Eintrittsgeld, Beitragsleistung während des Bezuges von Erwerbslosenunterstützung usw., sind von minderer Bedeutung; auch der Vorstand hat hierzu einige materiell nicht ins Gewicht fallende Anträge gestellt, sich sonst aber mit seinen insgesamt 5 Anträgen größte Beschränkung auferlegt. Wozu noch zu bemerken ist, daß der Ausschuss des DGB, Richtlinien für die Vereinheitlichung der Verwaltungs- und Unterstüßungseinrichtungen der in ihm zusammengeschlossenen Verbände angenommen hat, die wir nunmehr nach größter Möglichkeit berücksichtigen müssen. Das wird zur Folge haben, daß mancher Antrag bei näherer Prüfung sich schon aus diesem Grunde erledigen wird und schließlich kann bei sich völlig widersprechenden Anträgen doch auch nur die eine Seite befriedigt werden. Also bedarf es keiner Prophetengabe, um vorauszusagen, daß schon aus all diesen Gründen gar nicht wenig Anträge der Ablehnung verfallen werden.

Natürlich begegnen wir auch diesmal wieder manchem alten Bekannten. So gehen dem einen die Rechte des Verbandsvorstandes zu weit, der nichts in die Wahl bestimmter Funktionäre hineinreden soll, auch wenn das zum größten Schaden des Verbandes ist; demgegenüber wollen andere die Vollmachten des Vorstandes durch Abschaffung des im Interesse größerer Demokratie geschaffenen Beirates recht wesentlich erweitern; fordert man größte Einschränkung hier, so will man dort die Zahl der angestellten Funktionäre vermehren, während eine andere, dafür allerdings schon seit Jahrzehnten kämpfende Filiale die Entschädigung der angestellten Kollegen, trotz deren ganz besonderer Tätigkeit, auf ein Niveau herabdrücken möchte, daß daraus der sozial rückständigste Unternehmer wertvollste Anregungen für rückständigste Lohnabbau empfangen könnte. Logischerweise sollen nach der gleichen Stelle die angestellten Kollegen auch nur Mitglieder zweiter Klasse sein, denen das jedem Mitglied gewährte Ehrenrecht, das Stimmrecht, abzusprechen ist. Auf der gleichen Linie liegt das Bemühen, unsere Bezirksleitungen von einigen in einer Filiale ihres Bezirks gewählten Kollegen abhängig zu machen, und wodurch sowohl der Bezirksleiter als auch der Hauptvorstand, von dem die Bezirksleiter ganz natürlich ihre Anweisungen empfangen, kaltgestellt würde.

In die gleiche Kerbe hauen recht unverhüllt auch die von der Zentrale der Kommunistischen Partei ihren Anhängern vorgeschriebenen Anträge, in denen unter anderem die gerade von dieser Partei planmäßig hintertriebene Gewerkschaftsarbeit erwähnt, zum Anschluß an die kommunistische rote Hilfe und zur Unterstüßung des Schwindels mit den Russendelegationen aufgefordert wird. Wir sollen uns für die in andern Verbänden angeblich wegen „politischer Ueberzeugung“, in Wirklichkeit aber wegen gewerkschaftsfeindlicher Treibereien Ausgeschlossenen, einsetzen, indes die kommunistische Partei ihre Mitglieder, die nicht stumpfsinnig jedem Befehl aus Moskau folgen, sektionsweise, ohne nähere Prüfung, ausschließt. Unser Verband ist durch den DGB, der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale angeschlossen und dabei wird es bleiben. Daß die Anträge der Kommunistischen Partei nur in wenig Filialen eingereicht und auch hier von den vorgeschobenen Kollegen — darunter kommunistischen Parteifunktionären und Parlamentsabgeordneten — nur sehr schamhaft vertreten und nur in einer einzigen Filiale restlos, in drei andern aber nur ganz vereinzelt angenommen wurden, belehrt hoffentlich die Drahtzieher der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, daß für diese dreifachen Einmischungsversuche in unserer Organisation kein Boden ist, zumal auch die von jener Stelle unternommene Beeinflussung der Delegiertenwahlen zum Verbandstag elend gescheitert hat. — Auch die Anträge für die Verschmelzung unseres Verbandes sind von dieser Seite angeregt worden, trotzdem haben sich nur ganze vier Filialen ihrer angenommen.

Die Anträge, die zu den im Vordergrund der allgemeinen Diskussion stehenden Fragen Stellung nehmen, wie beispielsweise zum Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetz, zur Erwerbslosenfürsorge, zum Mieterschutz, zu Zoll- und Steuerfragen usw., werden selbstverständlich bei Behandlung der allgemeinen Wirtschaftslage und unserer besonderen Berufsverhältnisse mit behandelt. Soweit ihnen Beachtung beigegeben waren, aus denen der Vorwurf herausklang, als Schenke der DGB, oder unser Verband diesen Fragen nicht die genügende Beachtung, so war das völlig überflüssig, weil unwahr oder nur von parteipolitischen Hintergedanken inspiriert. Im Zusammenhang hiermit wird festzulegen sein, wie wir die bekannten Richtlinien vom November vorigen Jahres nach und nach verwirklichen und all die wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Schäden unseres Gewerbes bekämpfen können, die aus dem Mangel genügender Arbeitsaufträge, aus dem, wenn auch zurückgehenden Saisoncharakter des Malergewerbes, aus technischen Neuerungen, aus Kleinmeisterium, Lehr- und Lehrlingszucht usw. hervorgehen.

Auch die Behandlung unserer Lohn- und Tarifpolitik gehört hierher, und da wird es sicher dabei bleiben, daß wir an dem seit 1908 beziehungsweise 1910 anerkannten Grundfähigen und praktischen Methoden bis auf weiteres festzu-



halten haben. Wer auszieht, um gegen diese allgemeine Meinung anzukämpfen, wird sich wahrscheinlich an keiner angenehmen Enttäuschung erfreuen können. Und auch der wird nicht auf seine Rechnung kommen, der da glauben sollte, unsere Nürnberger Generalversammlung könnte Zeit oder ein offenes Ohr für überlaut tönende Blechmusik oder für die Erörterung persönlicher oder örtlicher Sonderwünsche haben. Da ist die Situation viel zu ernst, die zur Behandlung stehenden großen Fragen viel zu bedeutsam, ebenso wie die Forderung der großen Mehrzahl unserer Kollegen viel zu berechtigt, daß in Nürnberg, wie immer auf unsern Verbandstagen, sachlich und also fruchtbar gearbeitet wird. Daß dies kein frommer Wunsch bleibt, zeigen die vorstehend stichlich besprochenen hauptsächlichsten Anträge, von denen keiner von einer so erheblichen Zahl unserer Filialen gestellt wurde, daß er als Willensmeinung eines größeren Teiles unserer Mitglieder gelten könnte; woraus folgt, daß es liefergebende Meinungsverschiedenheiten ersterer Art — trotz einiger Versuche, sie künstlich zu konstruieren — in unserm Verbandsverbande nicht gibt.

**Ergebnis der Stichwahlen zur 20. Generalversammlung.**

Wahlkreis 8.	Vollnhals, G., Nürnberg
" 11.	Goldstein, H., Bremen
" 15.	Silgendorf, O., Dortmund
" 17.	Mohrenhardt, J., Elberfeld
" 27.	Lisch, S., Magdeburg
" 34.	Lampe, Fr., Kolberg
" 36.	Skodowski, J., Kottbus
" 37.	Ragburg, A., Liegnitz
" 48.	Schmih, J., Aachen

**An die Delegierten zur Generalversammlung in Nürnberg.**

Das Material darüber, was bei der Zureise der Delegierten in Nürnberg zu beachten ist, wird hier rechtzeitig abgesandt. Soweit uns die Privatadressen der Kollegen bekannt sind, schicken wir die Sachen direkt an diese, andernfalls an die zuständige Filialverwaltung.

Wohnungen sind zunächst für alle Teilnehmer bestellt worden, und zwar vom Sonntag, 12. Juni, an. Wer keine Wohnung haben will oder wer früher oder später als am 12. Juni in Nürnberg eintrifft, muß dies sofort dem Verband der Maler, Nürnberg, Breite Gasse 25 27, melden.

Der Verbandsvorstand.

**Die Kasseler Kollegen im Streik.**

Wir berichteten im „Maler“ schon vor einiger Zeit über die Seitenprünge der Kasseler Arbeitgeber, die aus dem Reichsbund des Maler- und Lackiererhandwerks austraten, um sich den Bedingungen des Reichsarbeitsvertrages anzuschließen und die Löhne unserer Kollegen möglichst tief herabdrücken zu können. Dieser Plan konnte bisher trotz eifrigster Bemühungen eines bestellten Syndikus, Dr. Niemann, vereitelt werden, und so versuchte man es in diesem Frühjahr mit dem gleichen Spiel. Dem Wunsch, den Reichsarbeitsvertrag los zu werden, machte dessen Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium ein Ende. Trotzdem versuchte man es nun, die Durchföhrung der Lohnerhöhung zu verhindern, und man erreichte es schließlich auch, daß sich der angerufene Schlichtungsausschuß auf die Seite der Arbeitgeber stellte und die zentral festgesetzte Lohnerhöhung um 2 % reduzierte. Natürlich haben unsere Kollegen diesen ganz unverständlichen Schiedsspruch einstimmig abgelehnt und sind hierauf in den Streik getreten. Unsere Kollegen lehnen es ab, sich von einem betriebsfremden Syndikus die seit 20 Jahren unter großen Opfern geschaffene tarifliche Ordnung gestohlen zu lassen, womit wir uns auch mit dem weitestgehenden Teile der Arbeitgeber des Reiches begeben. Daher hätte man auch vom hiesigen Schlichtungsausschuß erwarten können, daß er diese Ordnung nicht sprengt und dadurch einen Wirtschaftskampf verhindert.

Sicher wird die Mehrzahl der Kasseler Arbeitgeber bald einsehen, daß die dauernde Beunruhigung unseres Gewerbes durch die Leitung des Arbeitgeberverbandes zu ihrem eigenen Schaden ist. Diese Lehre hat auch bereits ein erheblicher Teil gezogen und die schriftliche Erklärung abgegeben, die festgesetzte Lohnerhöhung von 4 % sofort und 3 % am 1. Oktober anzuerkennen. Bei den übrigen Firmen wird die Arbeit so lange ruhen, bis auch sie die gleiche Pflicht erfüllen.

**Neuorganisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.**

Es scheint nunmehr feststehen, daß in Verbindung mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz auch eine Neuorganisation des öffentlichen Arbeitsnachweises erfolgen wird. Das grundsätzliche der Neuorganisation liegt nicht nur darin, daß der Arbeitsnachweis mit der Arbeitslosenversicherung verknüpft wird, sondern vor allem auch darin, daß als Träger nicht mehr die Gemeinden, sondern ein besonderes zu schaffendes Reichsbehördenapparat in Frage kommt.

Mit der Annahme des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs ist von Änderungen abgesehen, im großen und ganzen zu rechnen. Damit tritt der Arbeitsnachweis in ein neues Stadium, einen neuen Geschichtsabschnitt, ein. Einzig nur die Arbeitsvermittlung ein hochentwickeltes Kampfmittel zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Denn gleich geladene Generalstände der Produktion erkennen bald die Wichtigkeit des Arbeitsmarktes in der Wirtschaft. Jede

**Für den Kampf um den Fortschritt kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, entbehrt werden. Das ununterbrochene Fallen der Tropfen höhlt schließlich den härtesten Stein aus. Und aus vielen Tropfen entsteht der Bach, aus Bächen der Fluß, aus einer Anzahl Flüssen der Strom. Schließlich ist kein Hindernis stark genug, ihn in seinem majestätischen Lauf zu hemmen. Genau so geht's im Kulturleben der Menschheit. Handeln alle, die sich berufen fühlen, mit ganzer Kraft in diesem Kampfe, so kann der endliche Sieg nicht fehlen.**

der Parteien suchte die Arbeitsvermittlung für eigene Zwecke zu benutzen. Härteste Kämpfe wurden geführt. Schließlich versuchten die Gemeinden, die ja auch oft unter den Kämpfen um die Arbeitsvermittlung zu leiden hatten, den Arbeitsnachweis zu neutralisieren. Wenn auch nicht immer, so erkannten die streitenden Parteien diese Lösung doch als die gegebene an und so brachte es der öffentlich-kommunale Arbeitsnachweis trotz aller Hemmungen bis zum Kriegsausbruch zu immer größerer Bedeutung in der Arbeitsvermittlung und auch zu einer gewissen Einheitslichkeit. Krieg und Nachkriegszeit erwiesen die Unentbehrlichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises immer stärker und die weitere Folge war der planmäßige Ausbau. Schließlich wurden die Facharbeitsnachweise aufgehoben beziehungsweise den öffentlichen Arbeitsnachweisen angegliedert und die ganze Materie neu gesetzlich geregelt. Durch das Arbeitsnachweisgesetz wurden Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der Verwaltung paritätisch beteiligt und als Trägerin verblieb die örtliche Gemeinde.

Wie in unserer heutigen Zeit infolge der Interessenkämpfe alles noch sehr unvollkommen ausfallen muß, so war auch die Arbeitsvermittlung und das Arbeitsnachweisgesetz mit Mängeln behaftet. Wenn jetzt trotzdem eine Änderung vollzogen, so geschieht dies, wie erwähnt, im Zusammenhange mit dem Gesetz über die Arbeitslosenversicherung. Wenn die neue Regelung des Arbeitsnachweises an Stelle der Gemeinden nun Reichsbehörden vorsieht, so mag diese Regelung manche Mängel in sich schließen, entbehrt andererseits aber auch nicht der Großzügigkeit. Manches Stück Partikularismus oder gemeindlicher Rivalität wird aufgehoben werden. Wie die neue geplante gesetzliche Regelung sich schließlich in der Praxis auswirkt, wird abhängig sein von den Kräften, die die beteiligten Kreise zu entsallen vermögen.

**Die hohen Löhne der Schweiz.**

Von Julius Fries.

Zu Nr. 20 des „Maler“ haben wir auszugswelie einen Aufsatz von Dr. Fritz Marbach, Bern, abgedruckt, der unter dem Titel „Mehr Massenkaufkraft“ in der angezeigten nationalökonomischen Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ (herausgegeben vom Weltwirtschaftlichen Institut an der Universität Hamburg) veröffentlicht wurde. Dr. Marbach blickt den deutschen Unternehmern die relativ hohen Löhne der Schweizer Arbeiter als nachahmenswertes Beispiel vor. — Unsere Leser wird es sicher interessieren, den Schweizer Unternehmerstandpunkt zu der von Dr. Marbach erörterten Frage der konjunkturabhängigen Kraft höherer Löhne kennenzulernen.

Bis weit in bürgerliche — ja bis in Unternehmerkreise hinein — wird bei uns in Deutschland die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Forderung auf Hebung des Inlandsabfahes durch Stärkung der Massenkaufkraft — wenigstens theoretisch — anerkannt. Zu dem auch in der deutschen Gewerkschaftspressen lebhaft erörterten Aufsatz von Dr. Fritz Marbach, Bern, den dieser unter dem Titel „Mehr Massenkaufkraft“ in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ veröffentlichte, nimmt jetzt die große Schweizer Zeitung „Der Bund“, Bern, in einem Leitartikel Stellung.

Dr. Marbach ist Wirtschaftstheoretiker der sozialdemokratischen Berner „Tagwacht“; für ein Unternehmerorgan Grund genug, seinen Ausführungen entgegenzutreten. „Der Bund“ schreibt: „Gerade die Erkenntnis, die Marbach nun als Allerneuestes vorbringt, hat ja seit 1918 die nicht auf den Export angewiesenen Industrien veranlaßt, Aktionen zum Abbau der Arbeitslöhne zu unterlassen. Aber „es ist dann gekommen, wie die Zyniker erwarten: die hohen Löhne sind teilweise auf Luxus und Ramsch verwendet worden“. Die Zeitung „Der Bund“ nennt sich Organ für freisinnig-demokratische Politik. Das ist ja ein netter Freisinn! Weiter aber: das Berner Blatt scheint nicht zu wissen, daß in Deutschland innerhalb der Arbeiterschaft — und bis weit in die Kreise des sogenannten Mittelstandes hinein — ein beispielloser Warenhunger vorhanden ist, ein solch ungeheurer Bedarf an Textilien, Möbeln, Hausgerät, Wohnungen usw., daß verständige deutsche Arbeiter an die Befriedigung von Luxusbedürfnissen noch lange nicht denken können. — Schon diese Bemerkung des Berner Blattes, das anscheinend nicht über seinen Kirchturnhorizont hinausblickt, beweist schlagend, daß wir gar nicht über den großen Teich zu fahren brauchen, um Arbeiter zu finden, denen es relativ besser geht. Der Umstand, daß die Schweiz von Krieg und Kriegsfolgen nur wenig in Mitleidenschaft gezogen wurde, bleibt natürlich auf die Lebenshaltung der Arbeitenden nicht ohne Einfluß. Wenn „Der Bund“ sich gleich zu Anfang seiner Ausführungen die reichlich naive Frage leistet: „Wie können denn Löhne anders als relativ hoch oder niedrig sein?“ so ist darauf zu erwidern, daß allerdings unter Kürzung der Unternehmerprofite Löhne auch absolut hoch sein können. Das Blatt wirft dann Dr. Marbach vor, daß er in seinem logischen Denken vorzeitig haltmache und schreibt: „Wie gern macht die intellektuelle Sozialdemokratie sich über die Scheuklappen religiöser Geister lustig! Ist es aber menschlich nicht doch noch schöner, zu denken: Ich wage an diese Frage zu rütteln; denn sie geht über menschliches Begriffsvermögen, als zu sagen: Weiter will ich über diese Frage nicht mehr reden, denn sie kollidiert mit meinen materiellen Interessen.“ — Das könnte den Unternehmern so passen, daß wir ihre reaktionäre, be-

griffstuhlige Lohnpolitik als ein Dogma ansehen, an dem man nicht drehen und deuteln soll. Der Vorwurf der Kollision mit materiellen Interessen klingt in den Spalten eines Unternehmerorgans besonders hüßlich.

Das Berner Blatt sagt dann weiter: „Warum geht Dr. Marbach nur so weit, zu sagen: zahlt die Arbeiter gut; das gleiche gilt doch auch für alle andern Erwerbsgruppen, beispielsweise für die Landwirtschaft. Lassen wir also der Landwirtschaft einen lohnenden Milchpreis, dann kann auch sie die Produkte der Industrie in vermehrtem Maße kaufen und dann hat der Arbeiter Beschäftigung.“ — Dieser Hinweis auf die notleidende Landwirtschaft zeigt, daß die glücklichen Schweizer — wenigstens soweit sie sich freisinnig-demokratisch nennen — im Gegensatz zu Dr. Marbach von den deutschen Verhältnissen recht wenig Ahnung haben. Bei Milch- und Butterpreisen, die doppelt so hoch bei Kartoffelpreisen, die 4- bis 5mal so hoch sind wie in Friedenszeiten, bei der weitgehenden Entschuldung der Landwirtschaft durch die Entwertung der Hypotheken, wie kann wohl kaum davon die Rede sein, daß die deutsche Landwirtschaft nicht kaufkräftig ist. Man kann im Gegenteil wohl mit Fug und Recht sagen, daß es der deutschen Landwirtschaft noch nie so gut ergangen ist wie heute.

Die Verhältnisse in der kleinen Schweiz mit ihrer großen Exportindustrie, deren Erzeugnisse bei noch so hohen Löhnen unmöglich allein im Inlande abzusetzen sind, liegen natürlich wesentlich anders als in Deutschland. Wir unter schreiben aber, was das Schweizer Blatt zum Schluß sagt, daß es gilt, dahin zu wirken, wenigstens auf dem Boden unseres Kontinents die künstlichen Schranken, wie sie durch Schutzzölle usw. errichtet worden sind, zu ertreiben und schließlich fallen zu lassen. Da läge die Aufgabe für einen weitblickenden internationalen Gewerkschaftsbund, sagt das Blatt schließlich, das seinen Appell richtiger an die Adressen der in geringerer Entfernung von seinem Erhebungsgegenstande Weltwirtschaftskonferenz in Genf hätte richten sollen. — Eine Beseitigung der Zollschranken hält das Schweizer Blatt aber erst dann für möglich, wenn der Lohnniveau und die Weltmarktpreise in den einzelnen Ländern nicht mehr so außerordentlich verschieden sind. Dieser Ausgleich werde Jahre dauern. Vorher sei die Beseitigung der Zollschranken nicht ohne katastrophale Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Zustände des einen oder andern Landes möglich.

Die Replik des Berner Blattes auf den Marbachschen Aufsatz im „Wirtschaftsdienst“ hat also durchaus nicht bewiesen, daß die Schaffung von Massenkaufkraft durch höhere Löhne und niedrigere Preise nicht das richtige Mittel zur Behebung der europäischen Wirtschaftskrise sind. Auch Exportindustrien können niemals dadurch geschädigt oder in ihrer Konkurrenzfähigkeit behindert werden, wenn durch höhere Inlandslöhne vermehrter Inlandsabfah beigeföhrt wird, sie sind sogar in hohem Grade daran interessiert, daß die Länder, die für ihren Absatz in Frage kommen, eine kaufkräftige Arbeiterbevölkerung haben. Die Exportindustrien sollten daher anlaufenden in den Ruf: „Mehr Massenkaufkraft“ einstimmen.

**Arbeit und Ferien.**

Man braucht durchaus kein Feind ernster Tätigkeit zu sein, ja, gerade, wenn man freudig Leib und Seele den Dienst der Arbeit gestellt, dann wird man ihn verstehen, den großen, schweren Seufzer, der sich manchem müden, arbeitsbedrückten Menschenherzen entringt: Einmal so ganz ausspannen!

Ehre der Arbeit! In unzähligen Melodien klingt dieser Satz durch das Lied der Menschheit; aber nicht im Wort tönt er uns entgegen, das emsig schaffende Werk macht ihn täglich, stündlich durch die Tat wahr, und gerade die deutsche Nation darf sich wohl mit als die arbeitwilligste und -flüchtigste hinstellen. Aber es klingen an millionenförmig die beweglichen Klagelieder derer, die der Arbeit auch gar nichts mehr sehen, was ihre so freundlich anmutet, die in ihr nur noch die quälende, bitternde Last erblicken, die abstumpft und erdrückt. Das sind nicht immer die Menschen, die etwa über jeder Arbeit ohne Ende ist, die durch ein Uebermaß an Arbeit die in bitterer Tragik wohl gar noch ihren Neigungen und Fähigkeiten widerspricht, erdrückt, geschwächt, in ihrer Lebensmüde abgestumpft sind. Wir verkennen den feinen Sinn des Psalmwortes keineswegs: Wenn unter Leiden köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen, aber wir verstehen auch den tiefen Seufzer, den jene in Frenssens Roman ausstößt: In meinem Leben immer nur Sonnabend gewesen, nie Sonntag.

Ausspannung! Wie eine Erlösung winkt sie der gequälten Seele. Es mag Ausnahmefällen, wie Beispiel Forscher geben, die einer solchen Ruhe nicht dürfen. Im Orange nach dem großen Ziele verspüren keine Müdigkeit, dem schaffenden Künstler raubt Mühe vielleicht sogar das Glück des Herzens. In solchen Ausnahmen aber darf man den Durchschnittsmenschen nicht bewerten. Dessen Kräfte werden erschöpft werden schwächer durch den täglichen Verbrauch Dingen, die seiner Seele oft keine Teilnahme einflößen und ihr keine Triebkraft abgewinnen. Das monoton Einerelei des Tages, die gleiche und immer gleiche Beschäftigung schallt dem inneren Menschen keine neuen Anregungen. Sein Körper wird daher schwach, die Seele stumpf.

Darum haben die Ferien für den abgearbeiteten Menschen einen doppelten Zweck. Er will sich oft zunächst körperlich erholen, im vollen buchstäblichen Sinne eine ausspannen, die Treitmühle des Berufs verlassen. Er will sich von der Sonne bescheinen lassen, sich in freier Luft bewegen, faulenzeln, das alles gehört zum erteilten Ferienleben. Aber auch die Seele will ihre Erholung. Sie will ein Leben führen, wo sie wie die Pflanze in Licht und Luft wieder aufblüht, wo sie ihre verdorrten Fühläden wieder ausstecken kann, wo sie neue Kräfte erhält und mehr in einer zweiten, schöneren Welt leben darf. Das wird vielleicht am erfolgreichsten, wenn man vertrauten, häufigen Umgänge mit der Natur oder



# Zu unserer Berufsstatistik!

Ende April ist sämtlichen Filialen das Urmaterial zu einer allgemeinen Berufsstatistik für das Baualergewerbe

zugestellt worden. Die Filialverwaltungen waren angewiesen, jedem in einem Malerbetrieb beschäftigten Berufsangehörigen einen persönlichen Fragebogen zuzustellen, der nach dem Stande vom Sonnabend, 14. Mai, ausgefüllt und umgehend an den Filialvorstand zurückgeliefert werden sollte. Außerdem hatte jede Filiale eine Anzahl von Ortsfragebogen erhalten, um die Erhebung auf sämtliche Orte und Zahlstellen des Filialgebietes auszudehnen. Das nähere ist aus den Rundschreiben Nr. 16 vom 28. April, Nr. 17 vom 30. April und Nr. 18 vom 17. Mai sowie aus Nr. 18 des „Maler“ zu ersehen.

Als Termin für die Einlieferung der ausgefüllten Fragebogen ist der 1. Juni festgesetzt. Eine Anzahl Filialen hat die ausgefüllten Fragebogen bereits an den Hauptvorstand eingefandt, und das Ergebnis zeigt, daß der gute Geschäftsgang zu einer umfassenden Erhebung über die Berufsverhältnisse im Baualergewerbe gegenwärtig günstiger ist als je zuvor. Andere Filialen haben noch in den letzten Tagen Orts- wie auch persönliche Fragebogen nachgefordert.

Die Erhebung kann ein vollständiges Bild über die Lage im Baualergewerbe nur geben, wenn jeder im Berufe beschäftigte Gehilfe, Lehrling und

Hilfsarbeiter einen Fragebogen in allen Teilen gewissenhaft ausfüllt. Wer von unseren Mitgliedern in einem Baualereibetriebe beschäftigt ist und keinen Fragebogen erhalten hat, oder wer Gelegenheit hat, auf Unorganisierte einzuwirken, der hole sich sofort von den Vertrauensleuten des Verbandes eine entsprechende Anzahl von Fragebogen und Sorge dafür, daß sie ausgefüllt umgehend wieder an die Filialverwaltung zurückgeliefert werden.

Die Vorsitzenden seien noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Ortsfragebogen in zwei Exemplaren auszufertigen sind, von denen eines an den Bezirksleiter, das andere zusammen mit den persönlichen Fragebogen und etwaigen Unterlagen

spätestens bis zum 12. Juni an den Hauptvorstand einzusenden ist. Die Beteiligung an dieser nach längerer Pause erstmalig wieder vorzunehmenden statistischen Erhebung hängt nicht zuletzt von der gewissenhaften Tätigkeit unserer Verbandsfunktionäre ab. Das Ergebnis kann sowohl unsere wirtschaftliche und sozialpolitische Wirksamkeit, als auch die weitere Verfolgung unserer tarif- und lohnpolitischen Ziele entscheidend beeinflussen. Je mehr Fragebogen wir hereinbekommen, um so wertvoller und beweiskräftiger wird das Resultat gegenüber den Arbeitgebern, den Behörden und der allgemeinen Öffentlichkeit sein. Bis zum 12. Juni muß der letzte Fragebogen an den Hauptvorstand eingefandt sein!

## Gewerkschaftliches

### Achte Sitzung des Bundesauschusses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, August Brey, das Wort, um im Namen des Bundesauschusses den Vorsitzenden des DGB, Theodor Leipart, zu seinem 60. Geburtstag zu beglückwünschen. Nach kurzen Dankesworten erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Monaten. Seine Ausführungen befaßten sich zum großen Teil mit internen Bundesangelegenheiten. Der Vorstand hat sich auch in den letzten Wochen bemüht, auf die Regelung der Arbeitszeit hinzuwirken, wie sie den Forderungen der Gewerkschaften und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. Ferner hat er eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit eingeleitet, um durch Vergleich mit den früheren Erhebungen die Entwicklung feststellen zu können und Grundlagen für die weitere Wirksamkeit zu schaffen.

Ueber das Verhältnis des Arbeiter-Samariterbundes zum Roten Kreuz und die Stellung des Bundesvorstandes zu beiden Organisationen berichtete Graßmann. Er gab zunächst einen historischen Ueberblick. Legien ist nach dem Kriege in den Vorstand des Roten Kreuzes eingetreten. Nach seinem Tode trat Graßmann an seine Stelle; beide aber nicht als Vertreter des Bundesvorstandes. Auf dem Bundeskongress des Arbeiter-Samariterbundes wurde der Antrag angenommen, daß ein Vorstandsmittglied des DGB, in den Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes eintreten solle. Der Bundesvorstand hat diesem Wunsche des Arbeiter-Samariterbundes entsprochen und Graßmann mit dieser Vertretung betraut. Wünschenswert wäre in Zukunft ein gedeihliches Nebeneinanderwirken beider Organisationen.

Kollege Nörpel erstattete den Bericht über die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Es ist im großen und ganzen gelungen, die Behörden so aufzuziehen, daß eine gedeihliche Tätigkeit zu erwarten ist. Außer in Bayern und Württemberg. Die Gerichtsbezirke liegen jetzt fest. Bei der Bestellung der Beisitzer ist es ganz einheitlich möglich gewesen, die vier anerkannten Spitzenorganisationen als Benennungskörper festzulegen. Nörpel wies auf die vielen Klagen hin, daß die Rechtsanwälte sich so schwer in das Denken und Wollen der Gewerkschaften einleben. Im Arbeitsgerichtsgesetz sei erreicht worden, daß die Gewerkschaften die Prozessvertreter in der zweiten Instanz aus ihren eigenen Reihen stellen. Der Bundesvorstand sei daher der Ansicht, daß es falsch wäre, jetzt Verträge mit Rechtsanwälten abzuschließen. Die Gewerkschaften müßten selbst für die Durchführung des kollektiven Arbeitsrechts eintreten. Der richtige Weg sei der Ausbau der Arbeitersekretariate. Statt 5000 wie bisher werden künftig vielleicht 30 000 Streikfälle jährlich berufungsfähig sein. Die Rechtsanwaltskosten würden etwa 2 250 000 M betragen: diese Kosten können teilweise eripart werden, ohne daß grundsätzlich auf jede Heranziehung von Rechtsanwälten verzichtet werde. Der Bundesvorstand werde für eine einheitliche Schulung der Beisitzer Sorge tragen müssen. Außerdem schlage er die Herausgabe einer großen eigenen Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeiterversicherung vor. Die Anregung, einen neuen Verband, einen Arbeitsgerichtsverband, zu gründen, hat der Bundesvorstand einstimmig abgelehnt. Der Bundesvorstand und die Bezirkssekretariate können die Funktionen eines solchen Verbandes selbst übernehmen.

Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Beisitzern für die Reichsarbeitsgerichte vorgeschlagen. Zu bemerken ist, daß nur Reichsarbeitsrichter, keine Reichsarbeitsrichterstellvertreter zu benennen sind.

Kollege Spieß erstattete nunmehr im Auftrage des Bundesvorstandes Vorschläge für einen Ausbau der Berichterstattung über die Lohnbewegungen und über die

Geschäftslage in einigen nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ausgewählten Industriezweigen.

In der Debatte gingen die Vertreter der Verbände insbesondere auf die Berichterstattung über die Lohnbewegungen und die Geschäftslage in einzelnen ausgewählten Industrien ein. Der Lohnpolitische Ausschuss des DGB wird sich mit diesen Plänen noch im einzelnen beschäftigen.

Ferner nahm der Ausschuss einstimmig eine Entschlieung an, in der er Protest erhebt gegen die von den Parteien des Bürgerblocks im Reichstag beantragte Verschlechterung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Im Auftrage der vom Bundesauschuss eingesetzten Kommission erstattete Genosse Schlimme dann Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Unterstützungswesen und unterbreitete formulierte Richtlinien. Alle diesbezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegen wenige Stimmen angenommen. Diese werden nun ebenso wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandstagen der Einzelverbände zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Satzungen der Verbände übernommen zu werden.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungssekretär des DGB, Alexander Knoll. Knoll trat für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgezogenen gewerkschaftlichen „Elementarschulen“ ein. Die Schule soll allen Verbänden, die sie benutzen wollen, für ihre Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist also zunächst an eine örtliche Zentralisierung der bestehenden Schuleinrichtungen und Kurse der Verbände gedacht, an die Vereinheitlichung der technischen Schuleinrichtungen. Die Zahl der festangestellten Lehrkräfte kann infolgedessen auf einige wenige beschränkt werden. Die Verbände können für ihre besonderen Lehrzwecke nach wie vor ihre eigenen Lehrkräfte stellen. Die Schule soll mit Internat verbunden sein und 120 Schülern Raum bieten. — Die Schulen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bleiben als Sondereinrichtungen dieser Verbände bestehen.

Die kurze Debatte ergab die einstimmige Zustimmung der Verbandsvertreter zu dem Plan der neuen Bundesschule. Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die Errichtung der Schule nunmehr vorzubereiten.

## Genossenschaftliches

### Die Aussichten der genossenschaftlichen Wirtschaftsform.

a. Wenn irgend etwas geeignet ist, die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsform einer zutreffenden Beurteilung zu unterziehen und ihr das Horoskop für die Zukunft zu stellen, so können es nur ihre organisatorischen Grundlagen und Elemente sein, die Einfachheit und Gleichmäßigkeit ihrer Geschäftsmethoden und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Leistung im Gegensatz zum bestehenden Wirtschaftssystem.

Was die organisatorischen Grundlagen und Elemente anbelangt, aus denen die Genossenschaftsbewegung aller Länder der Welt besteht, so gruppieren sie sich in die drei großen Bevölkerungsschichten, die sich beim kulturellen Werden jedes Volkes herausbilden: 1. die landwirtschaft-treibende Bevölkerung; 2. die gewerbe- und handeltreibende; 3. die ohne Besitz und Kapital arbeitenden Massen der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel.

Es ergibt sich ohne weiteres, daß die dritte Gruppe rein organisatorisch die weitaus stärkste sein muß. Sie bildet die Grundlage für die konjunktgenossenschaftliche Bewegung, die aber auch die beiden ersten Gruppen in immer stärkerem Maße umfaßt. Denn: Verbraucher sind

verkehr mit andern als den heimischen, allgewohnten Menschen, mit Menschen, die durch eine andere Kultur ihre Seele schon anregen und neue Gedanken in uns Bewegung setzen. Kehrt dann der Mensch in seinen Arbeitskreis zurück, so ist er doppelt gestärkt, und beginnt die Arbeitsfront von neuem, so kann er doch manches in dem aufgespeicherten Vorrat in den kommenden Tagen Monaten zusehen.

Ferien! Ein wunderliebliches Wort, für den es ein auch Wirklichkeit wird. Nicht alle, die sie verdienen, können sich ihrer erfreuen. Wo bleiben sie alle, die dem Instreiß ihrer täglichen Arbeit und allem, was ihre Seele niederdrückt und abstumpft, die dem Orte ihres Lebens im Jahre auch einmal entfliehen möchten? Wo ihre Ferien? Kommen wir in die Badeorte, dann werden wir sie zwar voll, im Gebirge wie an der See, aber sie täuschen dennoch nicht, die hohen Besuchsziffern, stolzen Rekordzahlen. Denn wo sind die Millionen, zu den hart Schaffenden gehören und die doch in ihrem Leben nicht dazu kommen, einmal eine Erholungsreise zu machen, einmal einen Schimmer von den besondern Schönheiten der Allmutter Erde zu genießen? Man muß dem Sage in Zukunft mehr zustimmen müssen, daß man sich gründlich jedem Menschen zu gönnen, daß sie den lüchlig schaffenden Arbeiter eine Notwendigkeit ist, daß sie eine Einrichtung werden sollten, die als selbstverständlich gilt. Arbeit und Erholung sind grundlegende Menschenrechte und -pflichten, die zusammenhängen wie Ein- und Ausatmen. Vielleicht wird man begreifen, daß es in früheren Zeiten auch ohne Ferien angenehmer wäre. Gewiß, aber das Leben ist auch ein anderes geworden. Es ist nicht mehr so geruhsam, gemächlich wie einst, sondern vielfach in eine Hektik geartet. Unsere Kräfte werden rascher verbraucht, unsere Nerven mehr geschwächt als einst und daher auch die jermühte Leib, die abgestumpfte Seele auch nach Erholung. Oder es heißt vielleicht: im verarmten Deutschland muß an vermehrte Arbeit gedacht werden. Das ist richtig. Ohne schwere Arbeit wird es in Zukunft nicht gehen. Aber auch dieser Umstand spricht nicht gegen, sondern für die Ferien. Denn der überarbeitete Mensch schafft nicht die höchsten Leistungen, sondern der geruhsame, der mit einer gewissen Freude an der Arbeit geht. Das ist ein Naturgesetz.

Die Ferien locken zwar in jeder Jahreszeit, aber man sollte leugnen, daß die Sommermonate sie besonders locken, da in diesen Wochen die Allmutter Natur am schönsten in ihre gesunden, hellenden Arme lockt. Wieder kehrt der Sommer leuchtend ein. Die Erde lächelt sich aufs prächtigste. Alles für den Herrn der Welt, den Menschen. Möchte es bald jedem vergönnt sein in sorgloser Ferienstimmung hinauszugehen und Leib und Seele in der Schönheit der Welt zu gesunden.

P. Hoche.

## Aus unserm Beruf

Wismar. Zu einer kollegialen Gedankfeier im Verbandslokal hatte der Vorstand der Filiale die Mitglieder eingeladen, galt es doch, dem Kollegen Bruno Reider, der nun 25 Jahre dem Verbands angehört, eine Gedenkreise im Namen des Hauptvorstandes zu überreichen. Der Kollege Allwardt hielt eine treffliche Ansprache, in der er auf die Zeit der Arbeit und der ehrenvollen Verdienste des Jubilars für die Filiale Wismar hinwies. Insbesondere forderte er die Jugendabteilung an der Festlichkeit teilzunehmen, auf sich hieran ein Beispiel zu nehmen und durch Fleiß, Treue und verdienstvolle Tätigkeit für den Verband es dahinzubringen, daß auch sie bald auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken und Kämpfer für die Ideale der Arbeiterschaft mit den anderen Kollegen bedacht werden könnten. — Im weiteren Verlauf der Feier durch gut vorgetragene Musikstücke einer Dolmetschergesellschaft des Arbeitergesangsvereins „Lieder der Arbeit“ verschönert. Ernste und heitere Vorträge von verschiedenen Kollegen wechselten ab. Nur allzu schnell vergingen die Stunden im fröhlichen Kollegenkreise.

## Berufsunfälle

Düren. Am 19. Mai starb infolge eines Unfalles Kollege Hellenthal. Er stürzte von einer zwölfm hohen Leiter und erlitt einen doppelten Bruch der Halswirbelsäule. Der Kollege war Kriegsbeschädigter.

Hannover. Am 11. Mai fiel der Kollege E. Richter beim Hinaufsteigen an einer Gerüstleiter aus einer Höhe von 10 m herab. Er erlitt einen Schädelbruch und Verletzung der linken Schulter. Kollege R. fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

## Aus Unternehmerkreisen

Der Gau Norddeutschland des Reichsbundes des Maler- und Lackiererhandwerks hält vom 8. bis zum 10. Juni 1927 in Lübeck seinen Verbandstag ab. Unter dem Vorsitz des Reichsvorstandes wird am 10. Juni 2 Vorträge zur Tagesordnung über: „Grundlagen der Erziehung zum räumlichen Schaffen“ und „Lübeckische Kunst“. Für die Schulausstellung sind sich aus 17 Orten gewerbliche Berufs-, Hand- und Kunstgewerbeschulen angemeldet.

Der Landesverband Mitteldeutscher Malerbund, Sitz in Dessau, hält vom 25. bis 27. Juni 1927 in Dessau seinen Verbandstag ab, verbunden mit Fach- und Materialausstellung.

Der 11. sächsische Malerverbandstag, verbunden mit Materialausstellung, tagt vom 26. bis zum 28. Juni 1927 in Zwickau.



wir alle. Aber während die Mehrzahl der Genossenschaftsmitglieder der beiden ersten Gruppen nur die wirtschaftliche Zweckbestimmung für ihre Teilnahme an der Organisation gelten und sich durch sie anziehen lässt, gilt für die konsumgenossenschaftliche Gruppe auch noch die ideologische Zweckbestimmung einer Umwandlung der bestehenden Wirtschaftsform in eine andere, gemeinwirtschaftliche.

Aber abgesehen von alledem: die drei großen Gruppen zusammen bilden in jedem kulturell entwickelten Volke die entscheidende Zahl für jede organisatorisch tätige Bewegung und schon von diesem Gesichtspunkte aus ist die Genossenschaftsbewegung der Zukunft als einer organisatorisch außerordentlich starken Wirtschaftsmacht gesichert. 8 bis 9 Millionen Genossenschaftsmitglieder in Deutschland allein, wovon 4 Millionen in den Konsumgenossenschaften, repräsentieren mindestens 50% der Bevölkerung, deren geistige Mentalität allmählich vom privatwirtschaftlichen zum gemeinwirtschaftlichen Denken sich wandelt. Und dies letztere Element ist schließlich der entscheidende Punkt bei der Überwindung einer Wirtschaftsform, die naturgemäß auf die Interessen des Besitzes zugeschnitten, nun in unauflöslichem Widerspruch mit den Interessen der Gesamtwirtschaft und der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung steht. 300000 Genossenschaften aller Art mit rund 50 Millionen Mitgliedern in allen Ländern der Welt bilden ein bereicheres Zeugnis für die Siegfähigkeit einer Idee, die in den materiellen Notwendigkeiten der Völker wurzelt.

Zu diesen unerschütterlichen organisatorischen Grundlagen der genossenschaftlichen Bewegung kommt die Einfachheit und Gleichmäßigkeit ihres geschäftlichen Organisationsapparates. Ob es sich nun um Konsumgenossenschaften, um landwirtschaftliche oder gewerbliche Genossenschaften handelt: in allen Ländern der Welt werden die gleichen Organisations- und Geschäftsmethoden angewandt. Das gleiche Recht der Mitglieder ist für demokratische Wirtschaftsführung unerlässlich; geschäftliche Betriebsweise nach den Erfahrungen der älteren Genossenschaften für die jüngeren maßgebend; Fehlschläge und Lehrgeld überall vermeidend. Denn: die Genossenschaften haben abgegrenztes Tätigkeits- und Wirtschaftsgebiet; sie machen sich keine Konkurrenz, was einen fundamentalen Unterschied im Vergleich zur Privatwirtschaft bedeutet. Allerdings: die zum Kartell und Monopol vereinigte Privatwirtschaft scheidet ja die Konkurrenz auch — mehr oder weniger — aus. Aber zum Nachteil der Bevölkerung, während die Ausschaltung der Konkurrenz bei den Genossenschaften gerade einen wichtigen Existenzfaktor der Bewegung und einen Vorteil für ihre Mitglieder und die Bevölkerung bildet. Denn in der Konkurrenz sind starke, unproduktive Kosten — Reklame usw. — enthalten, die im Warenpreis zum Ausdruck kommen. Geschäftsgeheimnisse der Genossenschaften untereinander gibt es nicht, weil es keine Konkurrenz gibt, und dies gewährleistet auch den einheitlichen Charakter ihrer Grundröße und Geschäftsbetriebe, die nur auf den Dienst am Volk eingestellt sind. Die Privatwirtschaft verlangt Dienst vom Volke. Es ist in der Tat ein fundamentaler Unterschied.

Die wirtschaftliche Leistung der Genossenschaftsbewegung als dritter Faktor für den Sieg ihres Systems in der Wirtschaft der Völker ist auf Grund der beiden ersten unbestritten. Eine Bewegung, die im Zeitraum eines Menschenalters mehr als 50 Millionen Menschen in gleichartigen Organisationen für einen gleichartigen Wirtschaftszweck zu sammeln vermochte, die gleichen Organisations- und Geschäftsmethoden trotz Unterschied der Rasse, Nation, religiösem oder politischem Bekenntnis zur Anwendung zu bringen in der Lage war, weil sie den sittlichen Grundlagen der Bewegung entsprachen — eine solche Bewegung kann ihres Sieges in der Zukunft sicher sein. Denn die Millionen von Gesellschaftskräften stellen Milliarden in Finanz- und Wirtschaftskraft, die zusammen mit der sittlichen Idee, keinen Profit oder Gewinn an „Dritten“ zu machen, sondern nur sich selbst zu dienen, alle Elemente einer Wirtschaftsform enthalten, die allein Anspruch auf den Begriff Volkswirtschaft machen kann.

**Sozialpolitisches**

**Kampf dem Brotwucher.** Die Getreidepreise haben in Deutschland eine ungeheure Höhe erreicht. Ein Doppelzentner märkischer Weizen kostete Januar 1926 rund 25 M., Anfang Januar 1927 26,50 M. und Mitte Mai 31 M. In derselben Zeit entwickelten sich die Roggenpreise von 15 M., 23,50 M. auf 27,50 M. Die Roggenpreise haben sich also von Anfang des Jahres 1926 bis Mitte Mai dieses Jahres beinahe verdoppelt. Und in diesem Jahre ist bereits eine Steigerung von rund 4 M. pro Doppelzentner eingetreten. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zog aus dieser Lage die Konsequenz und beantragte die Aufhebung der Roggenzölle. Die gegenwärtige Reichstagsmehrheit lehnte diese Anträge ab und beschloß dafür, um wenigstens den Schein zu wahren, die Aufhebung der Einfuhrzölle bis zum 31. Juli 1927. Der gegenwärtige Reichsernährungsminister, Herr Schiele, hat diese Tat der Regierung als ein außerordentliches Entgegenkommen gegenüber der brotkonsumierenden Bevölkerung bezeichnet. Bekanntlich sind die Einfuhrzölle ein Erntezuschuß für Getreide aus den Kassen des Reiches. Sie sollen zum deutschen Zollsystem wie die Faust aufs Auge die Aufhebung der Einfuhrzölle stellt aber lediglich eine schöne Geste dar, da der deutsche Getreidemarkt vollständig von Getreiden entblößt ist, mithin keine Vorteile zur Ansicht bereitzustellen. Man kann mit Recht hinter diesen scheinbaren Entgegenkommen die Einleitung eines harten Vorstoßes zur Erhöhung der Zollsätze vermuten. Nicht umsonst haben die Agrarier einen ihrer Führer in das Reichsernährungsministerium geschickt. Sie wollen von dem Taten sehen. Aber noch eins ist hierbei der Erwähnung wert. Im Vorjahre wurde mit Reichsmitteln eine Getreideeinfuhrsgesellschaft zur Stabilisierung des Roggenpreises gegründet. 30 Millionen Mark wurden dieser Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Obige Zahlen zeigen, in-

**FACHBLATT DER MALER**

**ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 4 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!**

wieweit die Getreideeinfuhrsgesellschaft willens und in der Lage war, eine Stabilisierung der Roggenpreise herbeizuführen. Im Reichstag werden wir nach Pfingsten wahrscheinlich mit Anträgen der Agrarier zu rechnen haben, die Zollsätze für Getreide, Zucker, Mehl und Kartoffeln hinaufzusetzen und das Berufserleichterungsgesetz entweder zu beseitigen oder wesentlich zu vermindern. Es wird der ganzen Energie der parlamentarischen Körperschaften und darüber hinaus des gesamten nicht landwirtschaftlichen Volkes bedürfen, um diese Angriffe abzuwehren.

**Arbeiterversicherung**

**Zum Kapitel „Berufskrankheiten“.**

Eine ziemlich Unsicherheit herrscht noch bei den Versicherungsträgern und in der Rechtsprechung bei Behandlung von Ansprüchen auf Grund der „Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten“ vom 12. Mai 1925. Besonders war bisher streitig, ob die zu dieser Verordnung vom Reichsarbeitsminister herausgegebenen „Richtlinien“ als eine erschöpfende Aufzeichnung aller zu entschädigenden Berufskrankheiten zu gelten haben und ihnen rechtsbindende Kraft innewohne.

Das Reichsversicherungsamt hat nun in einer grundsätzlichen Entscheidung zu jener Frage Stellung genommen. Es war ein Versicherter mit seinem Rentenanspruch für ein Lungenleiden, das er als Folge dauernder Einatmung von Schwefelkohlenstoff im Betriebe ansah, vom Oberversicherungsamt abgewiesen worden, weil in den „Richtlinien“ als Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff nur Erkrankungen des Nervensystems und psychische Erkrankungen, nicht aber Lungenerkrankungen, aufgeführt seien. Das Reichsversicherungsamt hat diese Entscheidung des Oberversicherungsamts aufgehoben, ebenso den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft, die in eine erneute Prüfung bei Anhörung des behandelnden Arztes und des im Sinne des § 7 der Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten „geeigneten Arztes“ eingetreten soll. In grundsätzlicher Beziehung führt die Entscheidung unter anderem aus (Amtliche Nachrichten 1927, Seite 233 ff.):

„Wie aus der Begründung zu der Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten . . . zu ersehen ist, hat der Gesetzgeber, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, den Vorschlag, nur bestimmte Krankheiten, Krankheitserscheinungen, unter den Schutz der Unfallversicherung zu stellen, sich nicht zu eigen gemacht. . . Er hat vielmehr im allgemeinen alle durch bestimmte schädliche Stoffe und Strahlen verursachten Erkrankungen dem Versicherungsschutz unterstellt. Nur zur Überwindung der Schwierigkeiten, die, namentlich im Anfang, bei der Durchführung der Verordnung dadurch entstehen konnten, daß die Frage zweifelhaft wurde, ob eine Krankheitserscheinung Folge eines solchen Stoffes usw. ist, sollten „Richtlinien“ herausgegeben werden. Wollte man diesen als Hilfe gedachten Richtlinien rechtlich bindende Kraft beilegen, so würde auf diesem Umwege gerade das Ergebnis erzielt werden, das der Gesetzgeber bei Schaffung der Verordnung verworfen hat, als er an Stelle bestimmter Krankheitsvorgänge schlechweg alle Schädigungen durch bestimmte schädliche Stoffe den Betriebsunfällen gleichstellte. Deshalb sagt auch die Begründung zu der erwähnten Verordnung in ihrem besonderen Teile von den Richtlinien, sie sollen „ohne die Bedeutung einer umfassenden Auslegung des Begriffs der gewerblichen Berufskrankheiten zu haben, der Verwaltung und Rechtsprechung die Anwendung der Verordnung erleichtern“. Die Frage, ob das Lungenleiden des Klägers Folge der von ihm behaupteten Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ist, kann also nicht vom Richter lediglich auf Grund der Richtlinien entschieden werden. . .“

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich eine Entscheidung gefällt (Reichsversicherungsamt II. a. K. 169. 25), die für die Versicherten in der Krankenversicherung sehr beachtlich ist. Nach den Satzungen einer Betriebskrankenkasse ist das Krankengeld vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit zu zahlen, falls die Krank-

heit länger als drei Wochen dauert. Ein Arbeiter, vom 3. August bis zum 24. August krank gewesen, klagte auf Grund der Satzungen der betreffenden Betriebskrankenkasse auf Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage, da er 22 Tage lang, also mehr als 3 Wochen krank gewesen sei. Beim Versicherungsamt und Oberberufungsamt war eine Einigung nicht zu erzielen. Das Reichsversicherungsamt erkannte, daß dem Arbeiter Krankengeld für die ersten drei Tage nicht zufließen. Bei der Berechnung der Frist müsse gemäß § 124 der Reichsversicherungsordnung der Tag ausschließen, an dem die Krankheit eingetreten sei. Da der Kläger am 3. August erkrankt ist, die Krankheit bis zum 24. August gedauert hat und somit nur einen zur Anrechnung kommenden Zeitraum von drei Wochen umfaßt, so ist die Voraussetzung nicht erfüllt, unter der dem Kläger das Krankengeld nach der Satzung vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit zusteht. — Da solche Fälle des öfteren vorkommen, wäre es gut, wenn die Arbeiter sich diese Entscheidung merken würden. Abgesehen davon ergeben sich diese Auslegungen der Reichsversicherungsordnung engherzig. Das geht auch schon daraus hervor, daß beiden vorhergehenden Instanzen sich nicht einig werden konnten.

**Fachtechnisches**

**Neue Kennzeichen für Lithopone.** Das Lithopone-Kontor G. m. b. H. in Köln (Lithopone-Syndikat) hat beschlossen, daß das Syndikatsiegel in Zukunft neben der Farbe des Siegels als weitere Erkennungszeichen auch den genauen Schwefelzinkgehalt angeben soll. Bei der Lithopone-Rotfärbung ist diese Angabe bereits jetzt durchgeführt. Im Siegel befindet sich die Angabe 80%. Das Lithopone-Syndikat hat sich zu dieser Maßnahme entschlossen, weil den Kreisen des Farbenhandels vielfach Lithopone-Siegel aufgetaucht ist, die zwar rot gefärbt sind, aber weniger als 80% ZnS enthält, und zwar so erheblich weniger, daß damit die ordentlichen Marktpreise wesentlich unterbunden wurden.

**Literarisches**

**Gewerkschafts-Archiv.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von R. B. W. in Jena. Maiheft 1927. Verlag Karl Zwing. Berlin. Buchhandlung, Jena, St.-Jakobstraße 36. Vierteljahresabonnement 3,60 M. Aus dem Inhalt des Maiheftes: Die Gewerkschaften vor der Aufgabe der Wirtschaftskrisis — Von R. B. W. und seiner Mitarbeiter — Die Werttheorie im Wandel der Gesellschaftsstruktur — Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik — Die Organisation im Versicherungsgewerbe — Sport und Gewerkschaften — Wesen und Struktur der fachlichen Organisationen — Dazu die Uebersichten, Buchbesprechungen und die wertvolle Bibliographie. Den Ortsvereinigungen ist die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie ist viel zu empfehlen.

**Arbeiter-Informationen.** Schriftleitung Kurt N. in Berlin. Aprilheft 1926. Verlag Karl Zwing. Berlin. Buchhandlung, Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahresabonnement 2 M. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Aus der Praxis Bilanzierungen und Sanierungen — Der Rationalisierungswille — Bilanzieren lösen die Wahrheit sagen — Lohnpolitik der Betriebe — Liste der Betriebsräte in Aufsichtsräten der Arbeitervereine. Der W.-I.-Dienst ist eine beachtenswerte Quelle zur Ergänzung von Wirtschaftskenntnissen.

**Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie 1926.** Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag F. S. W. Dieckmann, Berlin SW. 68, Unter den Eichen 3. Preis im Buchhandel 5 M., an Parteimitglieder 3 M. Während bisher die Berichte über die Tätigkeit des Parteivorstandes, der zentralen Institutionen und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor den Parteitag erschienen, soll von jetzt ab alljährlich nach dem Parteitag ein zusammenfassender Bericht, ergänzt durch die Berichte der Landtagsfraktionen und durch Uebersichten über die anderen Zweige der Arbeiterbewegungen, erscheinen. Der Bericht in der neuen Form liegt nun in dem soeben erschienenen, gut ausgestatteten und mit Bildern versehenen Jahrbuch vor. Es ist ein außerordentlich vielseitiges und gut gearbeitetes Werk, das für jeden Politiker, der sich über die Sozialdemokratische Partei vertretenen Reichs- und Landespolitik unterrichten will, unentbehrlich ist. Ein Inhaltsverzeichnis und ausführliches Sachregister erleichtern das Suchen beim Gebiete.

**Gesundheitschriften für das Volk.** Als Heft der „Gesundheitsbibliothek“ (Verlag G. & Co. m. b. H., München, Altheimerweg 19) liegt die Arbeit des bekannten Berliner Kinderarztes Dr. Curt Franke vor: „Hatte ich meinen Säugling gesund?“. Diesem wohl bekannten Thema der Gesundheitsfürsorge und Wohlfahrt der Kleinen wird in geradezu musterhafter Weise von einem Fachmann behandelt, der die sozialen Verhältnisse und Räte des Volkes der Säuglingsanfangszeit in jahrebelangenden Erfahrungen gelernt hat und über das nötige wissenschaftliche Ersehen in Abwehr und Fürsorge verfügt. In dem frisch und anschaulich geschriebenen Heftchen finden Mütter sozialpraktische Ratschläge und eine solche Fülle von unbedingt erforderlichen Verhaltensmaßnahmen, daß man nur wünschen kann, daß jede Frau diesen lehrreichen Leitfaden in die Hände bekommt. Preis 1/2 M.

**„Uranta“.** Monatshefte für Naturkenntnis und gesellschaftliche. Uranta-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Vierteljährlich (3 Hefte und 1 broschurierte Beilage) bei Beigabe gebundener Bücher 2,25 M.

Vom 29. Mai bis 4. Juni ist die 22. Beitragsw

**Sterbetafel.**

**Danzig.** Am 14. April starb plötzlich infolge Herzschlages unser treues Mitglied Rudolf Köpke im Alter von 63 Jahren.

**Düren.** Infolge eines Unfalls verloren wir am 19. April unser Mitglied Hellenthal, einen der besten Kollegen unserer Filiale.

**Frankfurt a. d. O.** Am 11. Mai starb der Kollege Paul Pöhle, geboren am 18. Februar 1882, an Lungenerkrankung.

**Mainz.** Am 16. Mai starb an den Folgen eines Unfalls unser langjähriges, treues Mitglied Johann Panty, Tüncher, im Alter von 62 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!